

21. Gemeinderatssitzung

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

aufgenommen am 14.03.2013 um 18.30 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Rosenau/Hengstpaß über die öffentliche Gemeinderatssitzung.

Anwesende:

Bürgermeister Peter Auerbach

die Gemeinderatsmitglieder:

Vizebgm. DI Marietta Metzker

Gottlieb Gösweiner

Wolfgang Benedetter

Daniela Auerbach

Ing. Anton Santner

Ing. Harald Humpl

Ing. Jürgen Steinbichler

Leopoldine Sanglhuber

Irmgard Tramberger

entschuldigt:

Maria Benedetter

Wolfgang Eibl

Daniel Huemer

erschienene Ersatzmitglieder:

Gerhard Steinhäusler

Michael Rippel

Johann Steinbichler

Schriftführer: Adolf Sölkner

Zuhörer: Franz Hufnagl, Manuela Altmüller

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die von ihm einberufene Gemeinderatssitzung. Er stellt fest, dass laut vorliegendem Zustellnachweis alle Gemeinderatsmitglieder rechtzeitig und unter Bekanntgabe der Tagesordnung nachweislich geladen wurden. Die Gemeinderatssitzung wurde mit Tagesordnung am 03. März 2013 an der Gemeindeamtstafel kundgemacht.

Der erschienene Gemeinderat zählt 13 Mitglieder und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Weiters gibt der Vorsitzende bekannt, dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 13. Dezember 2012 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Danach geht der Vorsitzende zur Tagesordnung über.

Tagesordnung

- 1. Prüfberichte des Prüfungsausschuss vom 07. März 2013, Vorlage im Gemeinderat**
- 2. Rechnungsabschluss 2012, Beratung und Beschlussfassung**
- 3. Prüfbericht der BH Kirchdorf/Krems zum Nachtragsvoranschlag 2012, Vorlage im Gemeinderat**
- 4. Prüfbericht der BH Kirchdorf/Krems über die Gebarungsprüfung 2012, Vorlage im Gemeinderat**
- 5. Löschungserklärung über das Vorkaufsrecht der Gemeinde bei der Liegenschaft Rosenau Nr. 96**

(Erwin Hilger), Beratung und Beschlussfassung

6. Rücktritt des Fraktionsobmannes, Gottlieb Gösweiner, der SPÖ, Verlautbarung im Gemeinderat
7. Bekanntgabe der/des neu bestellten Fraktionsobfrau/obmannes der SPÖ (§ 18 OÖ Gemeindeordnung 1990) im Gemeinderat
8. Fraktionswahl ÖVP, Neuwahl des Obmannes/der Obfrau des Ausschusses für Tourismus- und Verkehrsangelegenheiten (§ 33 OÖ Gemeindeordnung 1990)
9. Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.19, Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1.6, Beschlussfassung gem. § 34 bis 36 Oö. ROG 1994
10. ASVÖ Sportverein Rosenau, Ansuchen um Unterstützung für das Jahr 2012, Beratung und Beschlussfassung
11. Kassenkreditangebot BAWAG P.S.K., Beratung und Beschlussfassung
12. Grundsatzbeschlussfassung Erweiterung des Biomassenahwärmeversorgungsnetzes
13. Berichte der Ausschussobmänner/frauen
14. Bericht des Bürgermeisters
15. Allfälliges

Beschlüsse:

1. Prüfberichte des Prüfungsausschuss vom 07. März 2013, Vorlage im Gemeinderat

Bgm. Peter Auerbach liest den Prüfbericht über die Prüfungsausschusssitzung vom 07. März 2013 im Gremium des Gemeinderates vor.



Die Gemeinderatsmitglieder nehmen den Bericht ohne Stellungnahmen zur Kenntnis.

2. Rechnungsabschluss 2012, Beratung und Beschlussfassung

Zunächst informiert der Bürgermeister über den Entwurf des Rechnungsabschlusses 2012. Dieser liegt seit 28. Februar zur Einsichtnahme im Gemeindeamt auf. Über das Intranet der Gemeindehomepage wurde dieser auch den Gemeinderatsmitgliedern samt der Tagesordnung und den Unterlagen zu dieser Sitzung zur Verfügung

gestellt. Beide Fraktionen geben bekannt, dass der Entwurf bereits intensiv anlässlich der Fraktionssitzungen beraten wurde. Aus diesem Grund genügt es, wenn der Vorsitzende die Haushaltssummen vom Ordentlichen Haushalt und den Gesamtfehlbetrag vom Außerordentlichen Haushalt vorliest.

Ordentlicher Haushalt

<i>Ausgaben</i>				<i>Differenz</i>
<i>Gruppe</i>		<i>Ergebnis 2012</i>	<i>NVA 2012</i>	
0	Vertretungskörper und allg. Verwaltung	358.998,96	372.700,00	13.701,04
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	23.277,80	21.700,00	-1.577,80
2	Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	220.874,54	229.000,00	8.125,46
3	Kunst, Kultur und Kultus	14.417,22	12.600,00	-1.817,22
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	173.678,48	175.000,00	1.321,52
5	Gesundheit	153.890,37	154.800,00	909,63
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	307.211,69	310.300,00	3.088,31
7	Wirtschaftsförderung	38.312,52	39.800,00	1.487,48
8	Dienstleistungen	438.834,24	403.400,00	-35.434,24
9	Finanzwirtschaft	485.182,07	448.100,00	-37.082,07
	SUMMEN	2.214.677,89	2.167.400,00	-47.277,89

<i>Einnahmen</i>				<i>Differenz</i>
<i>Gruppe</i>		<i>Ergebnis 2012</i>	<i>NVA 2012</i>	
0	Vertretungskörper und allg. Verwaltung	35.554,81	42.400,00	-6.845,19
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	199,81	700,00	-500,19
2	Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	87.402,07	84.200,00	3.202,07
3	Kunst, Kultur und Kultus	7.150,00	7.200,00	-50,00
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	3.333,00	3.000,00	333,00
5	Gesundheit	415,00	400,00	15,00
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	254.024,59	258.600,00	-4.575,41
7	Wirtschaftsförderung	0,00	0,00	0,00
8	Dienstleistungen	358.813,01	357.900,00	913,01
9	Finanzwirtschaft	1.084.848,33	1.085.000,00	-151,67
	SUMMEN	1.831.740,62	1.839.400	-7.659,38
	Fehlbetrag	-382.937,27	-328.000,00	-54.937,27

Außerordentliche Haushalt:

<i>Ausgaben</i>				<i>Differenz</i>
<i>Vorhaben</i>		<i>Ergebnis 2012</i>	<i>NVA 2012</i>	
211000	Sanierung Sanitäranlagen VS	0,00	0,00	0,00
211100	Sanierung Eingangsbereich VS	21.475,83	21.500,00	23,17
616500	GW Krestenberg Umlegung Großklein	35.583,09	0	-35.583,09
617100	Errichtung Lagerhalle	0,00	0,00	0,00
633000	Wildbachverbauung	2.549,90	0,00	-2.549,90
710000	Forststraße Preblerberg	1.207,50	0,00	-1.207,50
782000	Betriebsumsiedelung Petroczy	2.274,26	2.300,00	25,74
816100	Straßenbeleuchtung Erweiterung	8.126,46	8.100,00	-26,46
850000	WVA-Erweiterung Dirngraben	3.182,06	4.000,00	817,94
850990	Schuldenerlass WVA	23.675,10	23.700,00	24,90
851200	ABA Giemelsberg	3.848,13	3.800,00	-48,13
851300	ABA Wurbauerkogel	190.053,34	201.100,00	11.046,66
851990	Schuldenerlass ABA	21.882,27	21.900,00	17,73
853200	Abbruch Garagengebäude 123	14.805,86	14.800,00	-5,86
853300	Errichtung Fertigteilgaragen	73.006,51	65.000,00	-8.006,51
871000	Nahwärmeversorgungsanlage	16.362,71	16.400,00	37,29
	Abwicklung Vorjahresabgänge	66.688,19	66.700,00	11,81
	SUMMEN	484.722,21	449.300,00	-35.422,21
<i>Einnahmen</i>				<i>Differenz</i>
<i>Vorhaben</i>		<i>Ergebnis 2012</i>	<i>NVA 2012</i>	
211000	Sanierung Sanitäranlagen VS	17.500,00	22.800,00	-5.300,00
211100	Sanierung Eingangsbereich VS	9.500,00	21.500,00	-12.000,00
616500	GW Krestenberg Umlegung Großklein	0,00	0,00	0,00
617100	Errichtung Lagerhalle	0,00	1.000,00	-1.000,00
633000	Wildbachverbauung	0,00	0,00	0,00
710000	Forststraße Preblerberg	0,00	0,00	0,00
782000	Betriebsumsiedelung Petroczy	0,00	0,00	0,00
816100	Straßenbeleuchtung Erweiterung	0,00	0,00	0,00

850000	WVA-Erweiterung Dirngraben	360,00	0,00	360,00
850990	SchuldenerlassWVA	23.675,10	23.700,00	-24,90
851200	ABA Giemelsberg	4.354,44	4.400,00	-45,56
851300	ABA Wurbauerkogel	231.024,61	209.700,00	21.324,61
851990	Schuldenerlass ABA	21.882,27	21.900,00	-17,73
853200	Abbruch Garagengebäude 123	17.405,86	17.400,00	5,86
853300	Errichtung Fertigteilgaragen	65.000,00	65.000,00	0,00
871000	Nahwärmeversorgungsanlage	7.625,00	9.900,00	-2.275,00
	Abwicklung Vorjahresüberschüsse	59.173,21	59.100,00	73,21
	SUMMEN	457.500,49	456.400,00	-1.100,49

Sollfehlbetrag OHH € **382.927,37**

Sollfehlbetrag Gesamtsumme AOHH € **27.221,72**

Weiters gibt der Vorsitzende bekannt, dass der Rechnungsabschluss im Gemeindevorstand am 05. März 2013 bereits beraten wurde und anlässlich dieser Sitzung der Gemeindevorstand die Beschlussfassung des Entwurfes im Gemeinderat empfiehlt. Er schlägt vor auf einzelne Fragen anhand der Liste über Abweichungen zum Voranschlag 2012 über € 1.000 einzugehen. Ing. Harald Humpl erklärt im Namen der ÖVP-Fraktion, dass sie den Rechnungsabschlussentwurf bereits intensiv beraten hat und dieser inhaltlich nachvollziehbar ist. Allerdings wird die ÖVP-Fraktion gegen die Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses 2012 stimmen, da im Sinne einer Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Gemeindegebarung nicht zugestimmt werden kann. Auf Nachfrage des Bürgermeisters erläutert Ing. Humpl genauer, dass schon bei der Planung (Voranschlagstellung) etwas schief gelaufen sein muss, wenn das Rechnungsergebnis gegenüber dem Voranschlag derart abweicht. Bgm. Auerbach versucht daher nochmals zu begründen, dass die Abschreibung (Konkurs Piringner – Rosenauer Laden), Ertragsanteile zu hoch budgetiert und weitere Abweichungen das Rechnungsergebnis um rd. € 55.000 gegenüber dem Nachtragsvoranschlag verschlechtern. Jetzt stehen aber die Zahlen fest und können nicht mehr verändert werden, der Rechnungsabschluss ist daher inhaltlich korrekt und dies sollte unbedingt durch die Beschlussfassung im Gemeinderat bestätigt werden. Abschließend beantragt er die Beschlussfassung des vorgebrachten Rechnungsabschlussentwurfes für das Finanzjahr 2012. Die SPÖ-Fraktion mit insgesamt 8 Stimmen stimmt für die Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses. Die ÖVP-Fraktion mit insgesamt 5 Stimmen stimmt gegen die Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses 2012.

3. Prüfbericht der BH Kirchdorf/Krems zum Nachtragsvoranschlag 2012, Vorlage im Gemeinderat

Der Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf/Krems liegt seit 13.12.2012 im Gemeindeamt vor. Der Vorsitzende liest diesen vollinhaltlich vor.

Ing. Harald Humpl spricht den Punkt „Essen auf Rädern“ an und war der Ansicht, die Gemeinde strebt dabei eine Kostendeckung an.

- **Essen auf Rädern**

Die Gemeinde beabsichtigt, die Gebarung für Essen auf Rädern kostendeckend zu führen. Bei der geringen Anzahl von Abnehmern müsste die Gemeinde für die Zustellung unangemessen viel verlangen, dass der Bezug von Essen auf Rädern gerade für alte und gebrechliche Personen nicht mehr attraktiv ist. Auch Ing. Harald Humpl ist der Ansicht, dass die Gemeinde in dieser Angelegenheit einen Verlust (Fehlbetrag) in Kauf zu nehmen hat. So viel sollte ein Senior der Gemeinde schon wert sein. Bgm. Auerbach fügt dem hinzu, dass Pensionisten, die in ein Altersheim wechseln der Gemeinde auf Umwegen (Sozialhilfeverbandsumlage) wesentlich teurer kommen. Eine ausgeglichene Gebarung könnte man nur durch eine ehrenamtliche Zustellung zustande kommen. Aber auch dies birgt andere Gefahren, wie etwa die Unfall- und Haftpflichtversicherung der Zusteller.

Ansonsten nehmen die Gemeinderatsmitglieder den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis.

4. Prüfbericht der BH Kirchdorf/Krems über die Gebarungsprüfung 2012, Vorlage im Gemeinderat

Ein weiterer Prüfbericht, nämlich jener der großen und aufwendigen Gebarungsprüfung vom Sommer 2012 liegt zur Vorlage im Gemeinderat vor. Von diesem ist die Kurzfassung innerhalb des Gemeinderates vor zu lesen.

Der gesamte Prüfbericht samt Anhängen stand den Gemeinderatsmitgliedern im Intranet der Gemeindehomepage mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung. Bgm. Auerbach liest daher nur mehr die Kurzfassung vollinhaltlich vor.



Er informiert weiters, dass die Behandlung im Gemeinderat der Aufsichtsbehörde mit der Übersendung eines Auszuges aus der Verhandlungsschrift bestätigt werden muss und in weiterer Folge Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten abgegeben werden müssen. Die SPÖ-Fraktion hat den Gebarungsbericht anlässlich der Fraktionssitzung intensiv besprochen. Von dieser Seite gibt es keine Fragen bzw. Feststellungen mehr. Ing. Harald Humpl erklärt, dass auch seitens der ÖVP-Fraktion der Prüfbericht anlässlich der Fraktionssitzung diskutiert wurde. Von dieser Seite gibt es Fragen und Stellungnahmen zu einzelnen Punkten des Gebarungsberichtes, die er sich notiert hat und heute ansprechen möchte. Er verweist eigens darauf, dass er seine Punkte unbedingt protokolliert wissen möchten.

Pro-Kopf-Verschuldung:

Laut Prüfbericht liegt die Pro-Kopf-Verschuldung in Rosenau/Hp. € 3.209,--. Der Landesdurchschnitt liegt bei € 1.938,-- je Einwohner. Mit der sinkenden Einwohneranzahl in Rosenau/Hp. ergibt sich jetzt bereits eine noch höhere Pro-Kopf-Verschuldung. Bgm. Auerbach merkt hinzu, dass aber diese Durchschnittskennzahlen oberösterreichweit oder österreichweit mit Vorsicht zu betrachten sind, da gewisse Merkmale, wie Ländlichkeit, Seehöhe, Schneemengen und andere Begebenheiten bei solchen Kennzahlen überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Personalausgaben:

Bei den Personalkosten liegt die Gemeinde rund 11 % über dem Bezirksdurchschnitt. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich im überdurchschnittlich hohen Personalstand im Bereich der Hauptverwaltung, des Gemeindebauhofs und des gemeindeeigenen Kindergartens. Bgm. Auerbach erläutert, dass im Zeitraum der Gebarungsprüfung 3 Vollzeitarbeitskräfte in der Hauptverwaltung genehmigt waren und derzeit auf 2 Vollzeitarbeitskräfte sowie einer Lehrstelle bereits reduziert wurde. Für den Bereich des Bauhofs gibt es die Kritik zu 3 Vollzeitkräften schon lange. Im Winter werden alle 3 Kräfte aufgrund der Schneemengen benötigt. In dieser Angelegenheit möchte der Bürgermeister mit den Bediensteten über mögliche Lösungen diskutieren. Vielleicht kann man in dieser Angelegenheit mit einer Baufirma kooperieren, bei der der Bedienstete über die Sommermonate beschäftigt wird. Auch keine Nachbesetzung eines Dienstpostens nach dem Ausscheiden (Pensionierung) eines der 3 Bediensteten muss angedacht werden. Die Auslagerung von Tätigkeiten in Richtung Maschinenring wurde bereits mehrfach diskutiert, erscheint aber nicht kosteneinsparend. Ing. Harald Humpl weist nochmals darauf hin, dass die Reduzierung auf 2 Vollzeitkräfte erst bei einem Personalwechsel (Pensionierung) angedacht werden soll. Derzeit sollte mehr über das Verhindern von Mehrleistungs- und Überstunden durch Arbeitsauslagerungen oder Kooperationen mit Nachbargemeinden nachgedacht werden (Beispiel Winterdienst Trojerweg). Bei diesem Punkt erwähnt Herr Humpl die Diskussion am 10. März 2011 im Gemeinderat, wo er den Stundensatz über damals € 28,-- eines Bauhofmitarbeiters bereits streng kritisierte. Im Prüfbericht wird nun dieser zu geringe Stundensatz bei der Verleihung an Dritte viel zu günstig ist. Bgm. Auerbach merkt dazu an, dass die Verleihung eines Bauhofmitarbeiters an Dritte nur in den seltensten Fällen vorkommt und wenn sie vorkommt der Gemeindebürger bei gewissen Leistungen damit unterstützt wurde. Sollte dies nicht mehr möglich sein, wird man diesen Stundensatz wiederum im Zuge eines Gemeinderatsbeschlusses erhöhen müssen.

Forcierung von Verwaltungskooperationen

Die Forcierung von Verwaltungskooperationen mit anderen Gemeinden ist laut dem Prüfbericht ebenfalls erwünscht. Bgm. Auerbach berichtet von mehreren Gesprächen mit den 5 Regionsgemeinden. Vor allem wollte Windischgarsten die Zusammenarbeit federführend in die Hand nehmen. Seit der Auskunft, dass die gegenseitigen Verwaltungsleistungen umsatzsteuerpflichtig zu berechnen sind, ist die Diskussion rund um die Kooperationsmöglichkeiten wieder ein wenig eingeschlafen. Gerade eine Gemeinde, wie die unsere, die aufgrund ihrer geringen Personalressourcen Leistungen nur ankaufen kann und wenig Gegenleistungen erbringen kann, würde mit der Mehrwertsteuerpflicht noch mehr draufzahlen. Abgesehen davon ist man seitens der Gemeinde bereits in gewissen Arbeitsbereichen Kooperationen mit den Nachbargemeinden einzugehen.

Volksschule – Gastschulbeiträge

Auch das Problem mit den Gastschulbeiträgen spricht Herr Ing. Humpl an. In dieser Angelegenheit wird die Gemeinde angeregt, die Aufnahme von Gastschülern für die die Einwohnergemeinde die anteiligen Beitragszahlungen nicht bezahlen will, schon beim Umschulungsantrag abzulehnen. Bgm. Auerbach erläutert, dass es sich dabei nur um eine äußerst geringe Anzahl von Kindern handelt. Nämlich zur Zeit nur jene aus der Gemeinde Roßleithen. Die meisten umgeschulten Kinder kommen nämlich aus Rosenau/Hengstpaß fallen aber in den Schulsprengel Windischgarsten (Mühlreithsiedlung). Würde endlich die Schulsprengelregelung fallen und die freie Schulwahl, wie sie es in den Städten bereits gibt, gelten, gäbe es auch keine Probleme bei der Einhebung der Gastschulbeiträge. Ob die Schulklassen für 35 Kinder oder 42 Kinder zu heizen sind, wird bei den Kosten keinen wesentlichen Unterschied ausmachen. Er weiß von einer Familie aus Unterlaussa, die ihr Kind gerne in die Rosenau umschulen möchten. Allerdings wehrt sich auch der Bürgermeister aus Weißenbach gegen die Bezahlung des Gastschulbeitrages. Bei dieser Familie würde die Mutter täglich über den Hengstpaß nach Windischgarsten zur Arbeit pendeln und könnte das Kind leicht mitfahren. Von Roßleithen erzählt Bgm. Auerbach, dass die Bürgermeisterin aufgrund der politischen Situation in Roßleithen, die Gastschulbeiträge nach Rosenau/Hp. nicht entrichten darf. Da sowohl Roßleithen als auch Rosenau/Hp. Abgangsgemeinden sind und den Haushaltsausgleich mit Mitteln des Gemeindereferenten Josef Ackler beglichen bekommen, wäre es eigentlich egal für welche Gemeinde diese Mittel im Schulbereich von der Kasse des Landes aufgebracht werden müssen. Auch wenn der Bürgermeister einen Umschulungsantrag aufgrund der Nichtbezahlung der anteiligen Gastschulbeiträge ablehnt, wird die Umschulung von der Bezirkshauptmannschaft entschieden. Ob die Bezirkshauptmannschaft gegen den Willen der Eltern entscheiden kann, wird sich zeigen. Seit Jahren schon strebt er beim Bezirkshauptmann aber auch auf Bürgermeisterebene eine Lösung dieses Problems an.

Schülerausspeisung

Die im Prüfbericht angesprochene Subventionierung der Schülerausspeisung über € 1,31 je Portion spricht Herr Humpl ebenfalls an. Hier ist er der Ansicht, dass die Gemeinde hinter dieser Subventionierung stehen sollte. Die Essensbeiträge sind ohnehin angemessen und werden in Zukunft rechtzeitig, vor Schulbeginn angepasst. Auch der Bürgermeister strebt im Bereich der Schülerausspeisung keine Änderung an, da der Gemeinderat hinter dieser Subventionierung steht.

Versicherungen der Gemeinde

Auch die im Prüfbericht angesprochene Analyse der Versicherungsverträge hat Herr Humpl bei seinen Notizen vermerkt. Im Prüfbericht wird empfohlen, eine Versicherungsanalyse – allenfalls unter Beiziehung unbeteiligter Dritter- bezüglich Einsparungsmöglichkeiten bei den Prämien, unternehmerischer Notwendigkeiten, optimaler Versicherungsbedingungen, marktgerechter Prämien sowie risikogerechter Kostensenkung vor zu nehmen. Bgm. Auerbach hat vor etwa 2 Jahren eine derartige Analyse vornehmen lassen und wird diese künftig regelmäßig veranlassen. Wobei er allerdings anmerkt, dass die Beiziehung eines Versicherungsmaklers wiederum Mehrkosten verursacht.

Nahwärmeversorgungsanlage

Einen großen Anteil des Berichtes für den Außerordentlichen Haushalt nimmt die Errichtung der Biomassen-Nahwärmeversorgungsanlage ein. Die Überschreitung der Kostenschätzung von € 458.700 auf € 700.000 ist vom Bürgermeister schnell erklärt. Die erste Kostenschätzung vom Installateur Norbert Berger für die Errichtung der Heizanlage und der Nahwärmeleitungen wurden 1:1 vom Projektanten, Ing. Robert Donner, übernommen ohne dazu die baulichen Maßnahmen in der Schule jemals einzurechnen. Dies ist auch einer der Gründe, warum sich die Gemeinde bei einem Ausbau der Leitungen, den Projektanten einsparen möchte. Ing. Harald Humpl merkt dazu an, dass sich die Gemeinde die Errichtung der Anlage bei einer Größenordnung von € 700.000 vielleicht überlegen hätte müssen. Bgm. Auerbach merkt dazu an, dass er nach wie vor davon überzeugt ist, dass die Gemeinde mit den gemeindeeigenen Objekten (Volksschule) durch den Anschluss an der Biomassen Nahwärmeversorgung nun wesentlich wirtschaftlicher fährt als mit den alten Heizanlagen. Für eine kostendeckende und wirtschaftliche Betriebsführung der Anlage bedarf es allerdings noch mehr Anschlüsse und eine Erweiterung des Nahwärmenetzes. Auch die im Prüfbericht erwähnten Bemerkungen zu den Skontoabzügen erwähnt Ing. Harald Humpl. Seine Skepsis zur Wirtschaftlichkeit der Biomassen Nahwärmeversorgungsanlage unterstreicht Herr Humpl mit der Anmerkung aus dem Prüfbericht, dass in den Jahren 2009 (-9.451) und 2010 (-18.638) hohe Abgänge erwirtschaftet wurden, im Jahr 2011 diese zwar auf € 2.763 reduziert werden konnten aber erst im Juni 2012 erst die halbjährlichen Darlehensrückzahlungen einsetzten, die wiederum eine Verschlechterung der Jahresergebnisse erwarten lassen. Er meint, dass dadurch die Gemeinde Rosenau/Hp. indirekt die an der Nahwärmeversorgung angeschlossenen Einwohner bei den Heizkosten subventioniert. Bgm. Auerbach verteidigt die Wirtschaftlichkeit der Anlage. Schon bei den ersten Gesprächen vor der Errichtung wurde von LR Ackerl angemerkt, dass die Gemeinde in den ersten Jahren mit Unwirtschaftlichkeit und Verlusten zu rechnen hat. Allerdings wären auch bei den alten Heizungen diese Mehrkosten angefallen. Nur durch eine bessere Auslastung der Anlage wird man die Wirtschaftlichkeit erreichen. Auch die positive Umstellung auf erneuerbare Energiequellen sollten dabei berücksichtigt werden. Ein Mitgrund für die schlechte wirtschaftliche Beurteilung ist unter anderem sicher auch die vom Projektanten empfohlenen Wärmelieferverträge, die im Jahr 2009 abgeschlossen wurden. Hätte man dort seitens der Gemeindeverantwortlichen bereits Erfahrungen damit gehabt, wären nicht nur der Preissicherungsindex sondern auch ein anderer Wärmepreis vereinbart worden.

Mehrkosten bei der Errichtung des Kanalstranges BA 06 Wurbauerkogel Ost und Erweiterung Mühlreithsiedlung

Ein Teil der Mehrkosten ist auf Verfehlungen des Projektanten DI Rakusch zurück zu führen. Bei der Angebotsausschreibung wurde das Künettenfüllmaterial viel zu gering berücksichtigt. Ob für diese Mehrkosten der Projektant haftet oder ob diese bei der Förderungsabwicklung Berücksichtigung finden, ist von der Landesregierung (Ing. Mahringer, Direktion Umwelt- und Wasserwirtschaft) zu beurteilen. Der Großteil der Mehrkosten ist jedenfalls auf die geologische Baubegleitung und auf das Flies für die Umwicklung des Künettenmaterials im Bereich der Mühlreithsiedlung (geogenes Baugrundrisiko) zurück zu führen.

Protokollführung im Gemeinderat

Im Anhang zum Prüfbericht wird auf eine sorgfältige Protokollführung für die Gemeinderatssitzungen hingewiesen.

Reisegebühren

Über die Berechnung der Reisegebühren wurde bereits in der Vorstandssitzung ausreichend diskutiert. In dieser Angelegenheit ist Herr Humpl der Ansicht, dass der Aufsichtsbehörde deutlich zu machen ist, dass es in Rosenau/Hp. keine öffentlichen Verkehrsanbindungen gibt und dadurch der zeitliche Mehraufwand zum Stundensatz des jeweiligen Bediensteten eingerechnet werden müsste. Auch in diesem Bereich sind sich die Gemeinderatsmitglieder einig, dass die amtlichen Kilometergeldsätze angewandt werden sollen. Bgm. Auerbach weiß auch von den umliegenden Nachbargemeinden, dass dort die amtlichen Kilometergelder ausgezahlt werden.

Personal

Punkto Personal gibt es im Prüfbericht mehrere Anmerkungen zu getätigten Auszahlungen und Zulagen, die zum Teil als ungesetzlich definiert werden. Die ÖVP-Fraktion ist dabei der geschlossenen Meinung, dass diese Belange für die Zukunft bereinigt werden müssen, damit diese den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. **Allerdings werden Rückforderungen von Bediensteten generell abgelehnt.** Die Gemeinde hat dabei v.a. im Gremium des Gemeindevorstandes Fehler gemacht, die die Gemeinde nun zu tragen hat, aber nicht dem jeweiligen Bediensteten angelastet werden können. Bgm. Auerbach deutet diese Ansicht so, dass wenn alle 13 Gemeinderäte zustimmen, Rückforderungen gegen getätigte Auszahlungen an keinen der Bediensteten gestellt werden. AL Sölkner weist darauf hin, dass bei geringen Beträgen die Rückforderungen in Form von Aufrollungen in der Lohnverrechnung bereits gemacht wurden. Diese wären nun ein weiteres Mal zu korrigieren, was beim Komplettservice „Lohnverrechnung“ bei der GEMDAT dann wiederum Kosten für die Gemeinde verursacht. Diese sind jetzt wiederum zu korrigieren.

Lustbarkeitsabgabe

Der Unterweisung, die Lustbarkeitsabgabeverordnung zu erneuern, sollte seitens des Gemeinderates Folge geleistet werden. Lt. Auskunft von Bgm. Auerbach wurde für den Feuerwehrball 2013 bereits Lustbarkeitsabgabe in Rechnung gestellt.

Abschließend zum Punkt 4. fasst Bürgermeister zusammen und erinnert nochmals an die Kritik zu den Umschulungsanträgen, worüber die Gemeinde sicherlich noch eine Entscheidung zu treffen hat.

5. Löschungserklärung über das Vorkaufsrecht der Gemeinde bei der Liegenschaft Rosenau Nr. 96 (Erwin Hilger), Beratung und Beschlussfassung

Laut den Angaben von Herrn Erwin Hilger gibt es einen Interessenten für das zum Verkauf stehende Objekt Rosenau Nr. 96. Im Grundbuch zu diesem Objekt ist ein Vorkaufsrecht der Gemeinde eingetragen. Herr Hilger war beim Notar, Mag. Reitner und ersucht die Gemeinde dieses Vorkaufsrecht löschen zu lassen damit der Verkauf des Einfamilienhauses abgewickelt werden kann. Der Entwurf der Löschungserklärung wurde vom Notariat bereits übermittelt. Vor der Unterzeichnung des Bürgermeisters im Namen des Gemeinderates hat dieser einen Beschluss in der Angelegenheit zu fassen. Bgm. Auerbach liest die Löschungserklärung vor und beantragt die Beschlussfassung dieser.

The document is a formal declaration for the deletion of a pre-emption right (Vorkaufsrecht) of the municipality of Rosenau. It is titled 'LÖSCHUNGSERKLÄRUNG' and is addressed to the 'Gemeinderat' (municipal council). The document mentions the property 'Rosenau Nr. 96' and the owner 'Erwin Hilger'. It states that the municipality is requesting the deletion of its pre-emption right from the land register (Grundbuch) to allow for the sale of the property. The document is signed by the Mayor, Bgm. Auerbach, and includes a map of the property.

Da in den letzten Jahren alle Löschungserklärungen problemlos vereinbart wurden und die Gemeinde kein Interesse am Kauf dieses Objektes hat, stimmen alle Gemeinderatsmitglieder mit einem Handzeichen der Löschung des Vorkaufsrechtes aus dem Grundbuch zu.

6. Rücktritt des Fraktionsobmannes, Gottlieb Gösweiner, der SPÖ, Verlautbarung im Gemeinderat
Bgm. Auerbach liest das Schreiben des Herrn Gottlieb Gösweiner vom 18.12.2012 vor.



Er bedankt sich bei Herrn Gösweiner für die jahrelange Arbeit als Fraktionsobmann der SPÖ und erläutert, dass die SPÖ-Fraktion diese Entscheidung nur schwer akzeptiert aber bereits eine Nachfolgerin innerhalb der Fraktion besprochen und nominiert hat.

7. Bekanntgabe der/des neu bestellten Fraktionsobfrau/obmannes der SPÖ (§ 18 OÖ Gemeindeordnung 1990) im Gemeinderat

Deshalb kann er die Ernennung der neuen Fraktionsobfrau gem. § 18 Oö Gemeindeordnung 1990 im Anschluss bekannt geben.



Die Gemeinderatsmitglieder nehmen die Nachbesetzung zur Kenntnis. Bgm. Auerbach erläutert weiters, dass die Vizebürgermeisterin DI Metzker als Vizebürgermeisterin eine monatliche Aufwandsentschädigung erhält, die auch dem/der Fraktionsobmann/frau zusteht. Der Bezug von zwei Entschädigungen zugleich gibt es allerdings nicht. Deshalb erspart die SPÖ-Fraktion der Gemeindekasse die Aufwandsentschädigung für den Fraktionsobmann.

8. Fraktionswahl ÖVP, Neuwahl des Obmannes/der Obfrau des Ausschusses für Tourismus- und Verkehrsangelegenheiten (§ 33 Oö Gemeindeordnung 1990)

Auch die ÖVP-Fraktion hat eine Neuwahl, nämlich jene der Obfrau des Ausschusses für Tourismus- und Verkehrsangelegenheiten vor zu nehmen. Bgm. Auerbach erinnert an den Mandatsverzicht von Manuela Antensteiner per 30.10.2012. Frau Antensteiner hatte die Funktion der Obfrau des Ausschusses für Tourismus- und Verkehrsangelegenheiten inne. Die Neuwahl erfolgt im Zuge einer Fraktionswahl gemäß § 33 der Oö. Gemeindeordnung 1990. Noch vor Sitzungsbeginn hat Fraktionsobmann Ing. Jürgen Steinbichler einen Wahlvorschlag im Gemeindeamt eingebracht. Er beantragt zur Wahl eine offene Abstimmung. Diese wird von allen Gemeinderatsmitgliedern, im besonderen von den ÖVP-Fraktionsmitgliedern akzeptiert und bestätigt. Bgm. Auerbach liest den Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion zur Wahl der Obfrau des Ausschusses für Tourismus- und Verkehrsangelegenheiten vor und beantragt die Abstimmung bei den 5 ÖVP-Gemeinderäten.



Da Frau Sanglhuber bisher als Ersatzmitglied im Ausschuss vorgesehen war, ist das Ersatzmitglied ebenfalls zu bestellen. Die 4 ÖVP-Gemeinderäte (Frau Sanglhuber und auch Herr Humpl sind selber anwesend) stimmen dem Wahlvorschlag, Leopoldine Sanglhuber als Obfrau und Ing. Harald Humpl als Ersatzmitglied, einstimmig mit einem Zeichen mit der Hand zu und die beiden Ernannten nehmen jeweils ihre Wahl an.

9. Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.19, Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1.6, Beschlussfassung gem. § 34 bis 36 Oö. ROG 1994

Bgm. Auerbach erinnert an die beiden Flächenwidmungsplanänderungen 4.20 und 4.21, die anlässlich der Sitzung am 08. November 2012 vom Gemeinderat beschlossen wurden und in Zwischenzeit bereits verordnet und genehmigt sind. Bei der Änderung 4.19 handelt es sich um die Widmung von Grünflächen der Familie Regina Aigner (Gföll) in Wohngebiet. Da es sich bei den Flächen im Bereich der Mühlreithsiedlung um geogenes Baugrundrisiko handelt, musste im Zuge des Umwidmungsverfahrens ein geologisches Gutachten eingeholt werden. Dieses Gutachten wurde von Dr. Peter Baumgartner erstellt und von Fr. Aigner im Gemeindeamt abgegeben. Bgm. Auerbach liest die wesentlichen Auszüge aus dem Gutachten vor. Es stand bereits vollinhaltlich im Gemeindevortragsprotokoll den Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung.



Zusammengefasst besagt das Gutachten, dass unter der Voraussetzung der **Einhaltung von Auflagen** bei der Bebauung der Grundstücke einer Bebauung und somit einer Wohngebietswidmung nichts im Wege steht.

Zusätzlich möchte der Vorsitzende zwei während der Auflagefrist eingelangte Stellungnahmen der Nachbarn nicht vorenthalten. Beide stimmen der Widmungsänderung zu, sollten aber der Ordnung halber den Gemeinderatsmitgliedern vorgebracht werden.



Danach beantragt der Bürgermeister die Beschlussfassung der im Flächenwidmungsplan 4.19 gekennzeichneten Grundflächen der Parzellen Nr. 98 und 102/1 beide KG Rosenau 49407 als Wohngebiet gemäß § 34 bis 36 Oö ROG 1994 zu widmen. Seinem Antrag stimmen die Gemeinderatsmitglieder einstimmig mit einem Handzeichen zu.

Auch das ÖEK Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1. muss damit geringfügig geändert werden. Die notwendige Änderung ist im Plan zum ÖEK Nr. 1 Änderung Nr. 6 dargestellt. Auch diese Änderung bedarf des Beschlusses des Gemeinderates, daher beantragt der Vorsitzende auch diese Änderung 1.6 des ÖEK zu beschließen. Wiederum stimmen die Gemeinderatsmitglieder der Änderung 1.6 einstimmig mit einem Zeichen mit der Hand zu.

10. ASVÖ Sportverein Rosenau, Ansuchen um Unterstützung für das Jahr 2012, Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Auerbach informiert über das Schreiben des ASVÖ Sportverein Rosenau vom 6. November 2012, welches allerdings erst am 4. Dezember 2012 im Gemeindeamt eingelangt ist und liest dieses vor.



Er führt weiters aus, dass im Vorjahr der Sportverein eine allgemeine Vereinsunterstützung über € 500,-- erhielt und er diesen Umfang an Vereinsunterstützung wieder vorsehen würde. Eine Rechnung des Vereines Langlauf- und Biathlonzentrum Innerrosenau über € 97,-- wurde vom Sportverein zwar nicht beglichen, sondern mit einem frechen Brief vom Obmann Ferdinand Pölzl nur beantwortet. Bgm. Auerbach informiert den Gemeinderat auch über die Rechnung und die Beantwortung dieser und trägt es vor.



Obwohl es der Bürgermeister als Frechheit betrachtet, was Obmann Ferdinand Pölzl mit diesem Schreiben betreibt, beantragt er die Beschlussfassung, den Sportverein Rosenau, wie im Vorjahr, mit € 500,-- aus der Gemeindekasse zu unterstützen.

Ing. Harald Humpl hat sich erlaubt, vom Sportverein Rosenau zur heutigen Beschlussfassung, einen Tätigkeitsbericht vom abgelaufenen Jahr 2012 ein zu fordern. Er verteilt Kopien davon an die Gemeinderatsmitglieder.



Weiters erwähnt bzw. kritisiert Ing. Humpl die Tatsache, dass der Gemeinderat mit dem Subventionsansuchen des Sportvereines beschäftigt wird, da die Subvention über € 500,-- eigentlich im Gemeindevorstand (Subventionen bis zu 0,05 % der Ordentlichen Einnahmen) behandelt werden müsste. Dies ist auch bereits im Gebarungsprüfbericht 2012 ein Kritikpunkt. AL Sölkner nimmt dazu Stellung. Die Subventionen an die Vereine wurden beinahe allesamt im Gemeindevorstand in der Sitzung am 30. November 2012 beschlossen. Das Ansuchen vom Sportverein langte erst am 4. Dezember 2012 im Gemeindeamt ein und wurde deshalb bei den Sitzungsunterlagen für den Gemeinderat aufbewahrt. Außerdem entschieden er und Bgm. Auerbach, das Subventionsansuchen auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu geben, da man die Entscheidung, wie hoch die Subventionierung ausfällt, mit der Befassung in welchem Gremium nicht beeinflussen wollte. Außerdem wurde die Höhe der Subvention für den Sportverein ursprünglich im Gemeinderat entschieden und wollte man dieses Organ nicht „übergehen“. Beim nächsten Mal wird das Ansuchen im Gemeindevorstand behandelt.

Dem Antrag des Bürgermeisters, den Sportverein wiederum mit € 500 für das Jahr 2012 zu subventionieren, stimmen die Gemeinderatsmitglieder mit einem Handzeichen einstimmig zu.

11. Kassenkreditangebot BAWAG P.S.K., Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Auerbach wiederholt nun auch im Gemeinderat die Misere mit den Liquiditätsschwierigkeiten und der Sparkasse Kremstal/Pyhrn wegen der Kassenkreditüberziehung im Februar 2013. Im Gemeindevorstand wurde die Beratung im Gemeinderat darüber entschieden. Zusammengefasst lassen die neuen Geschäftsführer der Sparkasse keine Überziehung des Kassenkreditrahmens mehr zu. Bisher war dies noch nie ein Problem, da man im Sommer die Vorauszahlung für die Bedarfzuweisungsausgleichsmittel zum Haushaltsausgleich erhielt und solange die Überziehung des Kassenkreditrahmens von der Bank geduldet wurde. Obwohl seit heuer die Kassenkredithöchstgrenze $\frac{1}{4}$ der Ordentlichen Einnahmen beträgt, ist es gerade zu Beginn eines neuen Finanzjahres für uns als Abgangsgemeinde fast unmöglich den Rahmen einzuhalten. Dies und die Umgangsweise der Hausbank wurden im Gemeindevorstand ausführlich diskutiert. Dabei wurde vereinbart, das Angebot der BAWAG P.S.K. vom 15.02.2013 über die Hälfte des Kassenkreditrahmens (€ 179.450) zu konkretisieren und mit beiden Banken (Sparkasse und BAWAG P.S.K.) nochmals darüber zu verhandeln. Zur

Das Angebot der BAWAG P.S.K. weicht um 0,05 %-Punkte bei der Verzinsung vom jenen der Sparkasse ab. In Euro geht es dabei um ca. € 180,-- pro Jahr, was die BAWAG an Zinsen mehr verlangt. Auch müsste man erst nachfragen, ob die Sparkasse die Zinsvereinbarung bei einer Kreditsumme von € 179.450 halten würde. Ing. Humpl und die ÖVP-Fraktion aber auch die SPÖ-Gemeinderäte sind dennoch der Ansicht, dass die Gemeinde mit beiden Banken über bessere Angebote verhandeln sollte. Nur so könne man auch Druck auf die Hausbank ausüben. Auf Antrag des Vorsitzenden wird daher einstimmig mit einem Zeichen mit der Hand beschlossen, Verhandlungsgespräche mit beiden Banken betreffend die Halbierung des Kassenkreditbetrages aufzunehmen und wenn möglich per 01.07.2013 zwei Konten (jeweils zur Hälfte des Kassenkreditrahmens) zu führen.

12. Grundsatzbeschlussfassung Erweiterung des Biomassenahwärmeversorgungsnetzes

Im Zuge der Beratungen zur Sanierung des Amtsgebäudes (thermische Sanierung der Obergeschosse-Wohnungsbereich) innerhalb des Bauausschusses aber auch anlässlich der Gespräche mit den Landesbeamten zum Kostendämpfungsverfahren ist man zum Entschluss gekommen, das Nahwärmenetz der gemeindeeigenen Biomassenahwärmeversorgungsanlage bis zum Amtsgebäude zu verlängern. Auch eine Erstbesprechung mit interessierten Anrainern entlang der geplanten Leitungsverlängerung und Herrn Norbert Berger (Installateur) hat bereits am 22. Jänner 2013 stattgefunden. Damit der Bürgermeister in dieser Angelegenheit weitere Gespräche und Veranlassungen (Projektantragstellung zum Erhalt einer Förderung, Aufstockung und Verlängerung des bestehenden Darlehens für die Anlage, Absicht das Amtsgebäude anstatt einer Sanierung der Ölheizung am Nahwärmenetz anzuschließen) vornehmen kann, möchte er in der heutigen Sitzung einen Grundsatzbeschluss für die Erweiterung des Nahwärmenetzes fassen. Ing. Harald Humpl spricht sich im Namen der ÖVP-Fraktion gegen einen heutigen Grundsatzbeschluss zur Erweiterung aus. Zurückführend auf den Gebarungsprüfungsbericht wird in diesem die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Anlage stark angezweifelt. Auch dem Bürgermeister ist die schlechte wirtschaftliche Lage des Nahwärmenetzes bewusst. Jedoch sollte man den Berechnungen auch die Heizkosten für die gemeindeeigenen Objekte (Volksschule, Lehrerwohnhaus, Bauhof, Feuerwehrdepot), wenn sie nicht angeschlossen worden wären und die bestehenden Heizungen erneuert hätten werden müssen. Gerade aufgrund der negativen Zahlen bei der bestehenden Biomassenahwärmeversorgungsanlage bestätigt ihm, dass das Netz ohnehin erweitert werden muss, damit weitere Wärmeabnehmer angeschlossen werden können. Auf diese Tatsache hat LHStv. Josef Ackner schon bei den ersten Gesprächen rund um die Errichtung der Anlage hingewiesen. Er wusste schon damals, dass die Anlage zu Beginn nicht gewinnbringend geführt werden kann. Gerade aus den auch von Ing. Humpl aufgezeigten Gründen, muss die Gemeinde ohnehin trachten, das Nahwärmenetz zu verlängern. Ing. Harald Humpl ist dennoch skeptisch und will die Grundsatzbeschlussfassung im Gemeinderat verschieben. Eine Beschlussfassung sollte erst nach einer betriebswirtschaftlichen Überprüfung der Fakten zur Nahwärmeversorgungsanlage erfolgen. **Es wird daher abschließend vereinbart, die Grundsatzbeschlussfassung aufzuschieben und die betriebswirtschaftliche Überprüfung im zuständigen Bauausschuss der Gemeinde zu beraten.**

13. Berichte der Ausschussobmänner/frauen

Ing. Anton Santner (Obmannstellvertreter im Kulturausschuss) berichtet stellvertretend für Maria Benedetter vom Spielenachmittag im Speisesaal der Volksschule. Dieses Mal konnte man keine große Anzahl von Eltern zu dieser Einladung begeistern. Die Spiele mussten schon 3 Tage später wieder nach Linz zurückgebracht werden.

Auch betreffend der Rosenauer Tracht kann Herr Santner berichten, dass der gewünschte Stoff für die Gilets und Dirndl im Heimatwerk (Linz) nicht mehr lagernd ist. In dieser Angelegenheit muss der Kulturausschuss über eine Alternative beraten.

Ansonsten gibt es keine Berichte der Ausschussobmänner/frauen.

14. Bericht des Bürgermeisters

Biathlonanlage Innerrosenau:

Zum aktuellen Stand in der Causa Biathlonanlage Innerrosenau kann Bgm. Peter Auerbach von mehreren Schreiben berichten. Zum einen ist nun doch nach langem Warten die offizielle Stellungnahme des Österreichischen Schiverbandes, Herrn Markus Gandler in Bezug auf den Weiterbetrieb der Anlage eingetroffen. Bgm. Auerbach liest auch diese vollinhaltlich vor.



Weiters kann der Bürgermeister von einer Gruppe Wirtschaftstreibender berichten, die großes Interesse an der Neugründung eines Betreibervereines haben. Ing. Thomas Schwaiger (Geschäftsführer des Windischgarstnerhofes), Ing. Dietmar Waser und unser Gemeindevorstand und WB Obmann Windischgarstnertal Ing. Harald Humpl gehören dieser Gruppe an. Diese Gruppe hat sowohl dem Bürgermeister selbst als auch den Verantwortlichen des Landes OÖ, Herrn LR Viktor Sigl und Herrn LHStv. Josef Ackerl ihre Absichten und ihr Interesse in einer e-mail mitgeteilt. Auch diesen Schriftverkehr vom 11. März 2013 liest der Bürgermeister vor.

Ing. Harald Humpl hat in dieser Angelegenheit bereits von LHStv. Josef Ackerl ein Antwortschreiben erhalten, das er an den Bürgermeister und die anwesenden Gemeinderatsmitglieder verteilt. In diesem Schreiben fordert LHStv. Ackerl als Gesprächsgrundlage ein Konzept für die Betreuung der Interessentengruppe ein. Bgm. Auerbach liest auch dieses Schreiben vor.



Damit die Angelegenheit nicht am Zeitdruck scheitert, wird Bgm. Auerbach die Anberaumung einer Besprechung mit Herrn Ing. Thomas Schwaiger besprechen.

Frau Leopoldine Sanglhuber hat bereits vom beabsichtigten Ausbau und einer Umlegung der Anlage sowie einer Absprache mit der ÖBF AG gehört. Sie weist darauf hin, dass neben den betroffenen Grundeigentümer (Österreichische Bundesforste AG) auch Grundeigentum der Nachbarn für die Loipenführung benötigt wird und daher auch diese das Recht hätten, rechtzeitig über Absichten informiert zu werden. Bgm. Auerbach beruhigt, dass ohne Information und Absprachen mit den Anrainern ohnehin nichts verändert wird. Beim Gespräch mit den Verantwortlichen der ÖBF AG ging es hauptsächlich darum auszuloten, was der Grundeigentümer selbst von eventuellen Veränderungen bei der Biathlonanlage hält. Vereinbart bzw. fixiert wurde dabei überhaupt nichts.

15. Allfälliges

Ing. Harald Humpl spricht die Liegenschaft Dambach 46 (ehemalige Straßenmeisterei) an. Er weiß von der Marktgemeinde Windischgarsten, dass diese einen beträchtlichen Betrag an Grundsteuer von der Landesimmobiliengesellschaft für die neue Liegenschaft der Straßenmeisterei erhält. Er fordert daher die Gemeinde Rosenau/Hp. auf, zu kontrollieren, ob für das Grundeigentum der ehemaligen Straßenmeisterei Dambach 46 die gesetzliche Grundsteuer vom Grundeigentümer geleistet wird. Bgm. Auerbach verspricht, der Angelegenheit nach zu gehen.

Ein weiterer Punkt, den Herr Ing. Humpl anspricht ist die Kommunalsteuerverpflichtung von Firmen, die länger als ein halbes Jahr in der Gemeinde an einer Baustelle arbeiten. Konkret fragt er nach, ob die Fa. STRABAG im vorigen Jahr während dem Kanalbau am Wurbauerkogel und in der Mühlreithsiedlung Kommunalsteuer an die Gemeinde Rosenau/Hp. entrichtet hat. AL Sölkner kann Herrn Humpl informieren, dass die STRABAG für die

Zeit der Kanalbauarbeiten in Rosenau/Hp. die Erklärung zur Kommunalsteuer abgegeben und den Betrag, den er aber nicht auswendig weiß, entrichtet hat.

Zum Abschluss der Sitzung informiert Frau Leopoldine Sanglhuber, dass der Elternverein der VS Rosenau/Hp. zusammen mit den Kindern eine Menge Palmbuschen gebastelt haben, die gegen eine freiwillige Spende in der Volksschule erhältlich sind.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zum Punkt Allfälliges gibt, beendet der Vorsitzende die Sitzung um 20.30 Uhr.

Auerbach Peter
Bürgermeister

Sölkner Adolf
Schriftführer

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 14.03.2013 keine Einwendungen erhoben wurden, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Rosenau, 23.05.2013

Der Vorsitzende:

DI Marietta Metzker
Vizebgm., GV, Fraktionsobfrau SPÖ

Ing. Jürgen Steinbichler
GR, Fraktionsobmann ÖVP
